

---

## Die Bundestagswahl 2009

### Wahlkampf, Ergebnis und Regierungsbildung

---

**Manuela Glaab**  
**Michael Weigl**

*Dezember 2009*

Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa)

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (IFRI) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über große internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das IFRI Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (IFRI-Bruxelles) positioniert sich das IFRI als eines der wenigen französischen think tanks im Kern der europäischen Debatte.

*Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte tragen die Autoren.*

Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa)

© Tous droits réservés, Ifri, 2009

ISBN : 978-2-86592-636-7

**IFRI**

27 rue de la Procession  
75740 Paris cedex 15 - France  
TEL.: 33 (0)1 40 61 60 00  
FAX: 33 (0)1 40 61 60 60  
E-Mail: [ifri@ifri.org](mailto:ifri@ifri.org)

**IFRI-BRUXELLES**

Rue Marie-Thérèse, 21  
B -1000 Bruxelles - Belgique  
TEL.: 32(2) 238 51 10  
FAX: 32(2) 238 51 15  
E-Mail: [info.bruxelles@ifri.org](mailto:info.bruxelles@ifri.org)

WEBSITE: [ifri.org](http://ifri.org)

## Die Reihe „Notes du Cerfa“

---

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die *Notes du Cerfa* bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren *policy*-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die *Visions franco-allemandes*, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

# Autoren

---

Seit August 2000 leitet **Dr. Manuela Glaab** die Forschungsgruppe Deutschland am Centrum für angewandte Politikforschung in München. Sie ist zugleich Akademische Oberrätin am Lehrstuhl "Politische Systeme und Europäische Einigung" des Geschwister-Scholl-Instituts für Politische Wissenschaft der LMU München.

Ihre Dissertation ist 1999 im Verlag Leske und Budrich erschienen unter dem Titel: Deutschlandpolitik in der öffentlichen Meinung. Einstellungen und Regierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990.

Weitere Arbeitsgebiete sind die Europäische Integration, das politische System der Bundesrepublik Deutschland, die politische Kulturforschung sowie Politik und Massenmedien. Ihre Forschungsschwerpunkte finden unmittelbar Eingang in die Lehrtätigkeit am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft.

**Dr. Michael Weigl** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Deutschland im Projekt "Grenzregionale Identitäten".

Seine Arbeitsgebiete sind unter anderem die Wiedervereinigung, die innere Einheit, die deutsche Frage, und die europäische Identität.

# Inhaltsverzeichnis

---

Zusammenfassung .....	4
Einleitung .....	5
Ausgangslage und Wahlkampfstrategien .....	6
Das Wahlergebnis.....	10
Regierungsbildung und die Positionierung der bürgerlichen Parteien.....	16
Die Formation der Opposition .....	20
Fazit.....	24
Literaturverzeichnis.....	26

## Zusammenfassung

---

20 Jahre nach Öffnung des Eisernen Vorhangs ist die AKP der Bundesrepublik nicht mehr von Nachkriegsrealitäten geprägt. Ihre leitenden Merkmale – Beständigkeit, Verlässlichkeit, Nachhaltigkeit, auf Partnerschaft beruhende Zusammenarbeit – bleiben zwar nach wie vor bestehen. Gleichzeitig haben sich aber über die letzten zwei Jahrzehnte einige wichtige Veränderungen eingestellt. Diese Veränderungen machen die deutsche AKP vor allem politischer.

Ein wichtiges Identitätsmoment deutscher AKP in der Nachkriegszeit und während des Kalten Krieges war ihre strukturelle und inhaltliche Ferne von der Politik. Dies erhöhte ihre Glaubwürdigkeit. Mit der stetigen Normalisierung deutscher Auslandsbeziehungen seit der Wiedervereinigung wird die AKP zunehmend mit Diplomatie und Wirtschaft verzahnt. Seit Ende der 90er Jahre nimmt die jeweilige Bundesregierung stärker Einfluss auf die Schwerpunktsetzung AKP.

Allerdings hat sich während der letzten 20 Jahre aber auch gezeigt, dass die Bedeutung Auswärtiger Kulturpolitik und der Anspruch an sie deutlich gewachsen sind. Gleichzeitig haben die verschiedenen Mittlerorganisationen bewiesen, dass sie sich auf veränderte Rahmenbedingungen einstellen können. Die Auswärtige Kulturpolitik wird ihre Aufgabe als dritte Dimension der deutschen Auslandsbeziehungen auch in den kommenden Jahren wahrnehmbar ausfüllen.

# Einleitung

---

Der Wahlabend vom 27. September 2009 bot – anders als noch 2005 – keine großen Überraschungen: Eine klare Regierungsmehrheit zeichnete sich schon bei der ersten Prognose nach Schließung der Wahllokale ab. Wie es sich in den Meinungsumfragen über Monate hinweg angedeutet hatte, gingen CDU/CSU und FDP als Sieger aus der Bundestagswahl hervor. Damit fand ein von professionellen Politikbeobachtern wie auch der breiten Öffentlichkeit als wenig aufregend empfundener Bundestagswahlkampf seinen ebenso unspektakulären Abschluss.

Gleichzeitig aber vermag eine Analyse des Bundestagswahlkampfes, seines Ergebnisses und der anschließenden Positionierung der Parteien erste Konturen der kommenden Regierungs- und Oppositionsarbeit aufzuzeigen.

# Ausgangslage und Wahlkampfstrategien

---

Obwohl die beiden Kanzlerkandidaten von Union und SPD bereits im Herbst 2008 feststanden, starteten die Kampagnen zur Bundestagswahl außerordentlich spät. Erst nach den Landtagswahlen vom 30. August 2009 (Saarland, Sachsen, Thüringen) setzte die „heiße Wahlkampfphase“ auf Bundesebene ein. Die Wirtschafts- und Finanzkrise erforderte es, dass die Regierungsparteien weiter kooperierten, statt sich Wahlkampfgefechte liefern zu können. Doch auch die Ausgangsbedingungen für die einzelnen Parteien und ihre daraus abgeleiteten Wahlkampfstrategien trugen zu diesem Wahlkampf „mit angezogener Handbremse“ bei:

## **Kandidaten**

Vizekanzler und Herausforderer Frank-Walter Steinmeier (SPD) lag in sämtlichen Umfragen weit abgeschlagen hinter Amtsinhaberin Angela Merkel (CDU). Diese führte die Liste der populären Politiker unangefochten an, konnte auf große Zufriedenheit mit ihrer persönlichen Regierungsleistung bauen und lag auch in der so genannten „K-Frage“ („Wenn man den Bundeskanzler direkt wählen könnte, für wen würden Sie sich entscheiden?“) weit vor dem SPD-Kandidaten. Gegen einen aggressiven Profilierungswahlkampf Steinmeiers jedoch sprach dessen Amt als Außenminister und Vizekanzler. In Regierungsverantwortung miteinander verbunden, taten sich sowohl die Union mit Merkel als auch die SPD mit Steinmeier schwer damit, sich von der Politik der Großen Koalition zu distanzieren und offensiv den Regierungswechsel zu propagieren.

## **Stimmungstrends**

Eine echte Wechselstimmung in der Bevölkerung war nicht ausgeprägt. Weitaus mehr Wähler als noch 2005 zeigten sich mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden. Hinzu kommt, dass eine eindeutige Koalitionspräferenz nicht auszumachen war. So erhielten



die Optionen „Schwarz-Gelb“ (48 Prozent) oder „Große Koalition“ (45 Prozent) im Vorfeld der Wahl beinahe die gleichen Zustimmungswerte – und lagen damit weit vor anderen denkbaren Koalitionen.<sup>1</sup>

Allerdings profitierten weder die CDU noch die SPD substantiell von ihrer Regierungsbeteiligung. Steinmeier musste von Beginn seiner Kandidatur an gegen schlechte Umfragewerte seiner Partei ankämpfen. In der sogenannten Sonntagsfrage („Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre?“) lag die SPD während der gesamten Legislaturperiode hinter der Union, im letzten Jahr kontinuierlich über zehn Prozentpunkte. Während dieses anhaltende Stimmungstief die SPD in Lethargie zu versetzen drohte, bestand für die Union die spezifische Herausforderung darin, dass es ihr in der Großen Koalition – trotz der Popularität der Kanzlerin – nicht gelungen war, sich nennenswert von dem bei der Bundestagswahl 2005 erreichten Zustimmungsniveau abzusetzen. Die Umfragen zufolge beständig wachsenden Zustimmungswerte der FDP konnten also einerseits als Signal in Richtung Schwarz-Gelb gewertet werden. Andererseits aber drohten deren Zugewinne zu Lasten von CDU/CSU zu gehen; die gemeinsame Mehrheitsoption blieb durch die Schwäche der Union mithin latent gefährdet. Erschwerend kam hinzu, dass von der CSU in Bayern dieses Mal ein weit weniger überdurchschnittliches Ergebnis zu erwarten war.

## **Kompetenzprofile**

Auch wenn es letztlich kein einziges Thema gab, das den Wahlkampf dominierte, kristallisierten sich letztlich doch Fragen der Wirtschaftspolitik und der sozialen Gerechtigkeit als wahlentscheidend heraus. In beiden Themenfeldern jedoch wurden sowohl Union wie SPD nur ambivalent bewertet. In der Wirtschaftspolitik galt die Union als die kompetenteste aller Parteien, jedoch bedrängt von der FDP, die besonders als Verfechterin eines gerechteren Steuersystems wahrgenommen wurde. In Fragen der sozialen Gerechtigkeit dagegen wurde der SPD zwar mehr Kompetenz als allen anderen Parteien zugeschrieben. Gleichzeitig aber stimmten über Zwei Drittel der Befragten der Aussage zu, die SPD habe mit ihrer Sozial- und Arbeitsmarktreform sowie ihrem Beschluss für eine Rente ab 67 ihre „sozialdemokratischen Prinzipien“ aufgegeben. Über die Hälfte der Befragten glaubten zudem, dass sich Die Linke am stärksten für die sozial Schwachen einsetze.

---

<sup>1</sup> Infratest dimap, WahlREPORT Bundestagswahl 2009, Berlin 2009.

## **Koalitionsoptionen**

Während die Union im Bundestagswahlkampf auf eine eigene Mehrheit mit ihrem Wunschpartner FDP baute, mangelte es der SPD an einer eigenständigen Machtoption. Eine Koalition mit der Linken auf Bundesebene hatten die Sozialdemokraten dezidiert ausgeschlossen. Eine Ampelkoalition von SPD, FDP und Grünen schied jedoch gleichfalls aus, nachdem sich die Liberalen auf eine Koalition mit der Union festgelegt hatten. Die Grünen votierten ihrerseits gegen eine mögliche Jamaika-Koalition aus Union, FDP und Grünen. Als realistische Koalitionsoptionen nach der Wahl blieben so nur ein Bündnis aus Union und FDP oder – hätte es hierzu nicht gereicht – eine Fortsetzung der Großen Koalition. Die SPD konnte folglich ihre eigentliche Hauptkonkurrenz, die Union mit Bundeskanzlerin Merkel, auch aufgrund dieser Koalitionsproblematik nur verhalten angreifen und geriet dadurch weiter in die Defensive.

Folge war ein Wahlkampf, der vor allem durch die fehlende Polarisation zwischen den Volksparteien CDU/CSU und SPD gekennzeichnet war. Damit entfiel auch ein Moment der Spannung in dem als themenarm kritisierten Wahlkampf. Weithin sichtbar wurde dieses Dilemma im sogenannten TV-Duell, das von Merkel und Steinmeier in eher sachlichem Ton geführt wurde - und letztlich ohne klaren Sieger blieb.

Aus Sicht der CDU-Strategen war es nur konsequent, auf einen Wahlkampf zu setzen, der die Kanzlerin in den Mittelpunkt rückte, ohne die SPD offen zu attackieren. Zumal in Zeiten der Krise Stabilität in der Regierungsführung der öffentlichen Befindlichkeit entsprach. Diese Strategie wurde allerdings durch die mangelnde Geschlossenheit der Union gefährdet. Kritiker auch aus den eigenen Reihen warfen Merkel vor, die CDU in der Großen Koalition seit 2005 zu sehr „sozialdemokratisiert“ zu haben. Die wiederholte Mahnung, die CDU müsse sich wieder deutlicher unter konservativ-bürgerlichen Vorzeichen profilieren, zeugte von einer programmatischen Verunsicherung unter den Christdemokraten. Mit den sich tendenziell verschlechternden Umfragewerten in den letzten Wochen vor der Wahl wuchs auch die Nervosität in den Reihen der Union. Es mehrten sich die Stimmen, die eine offensivere, weniger präsidiale und inhaltlich klarer fokussierten Wahlkampagne forderten. Zudem fuhr die CSU einen eigenen Kurs (z.B. präsentierte sie nur wenige Tage vor der Wahl ein 100-Tage-„Sofortprogramm für Wachstum und Arbeit“) und profilierte sich sowohl gegen die Schwesterpartei als auch den potenziellen Koalitionspartner FDP.

Für die SPD war die Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft angesichts eines schier aussichtslos scheinenden Rückstandes auf die Union äußerst schwierig. Während Steinmeier sich vor die Herausforderung gestellt sah, nach den

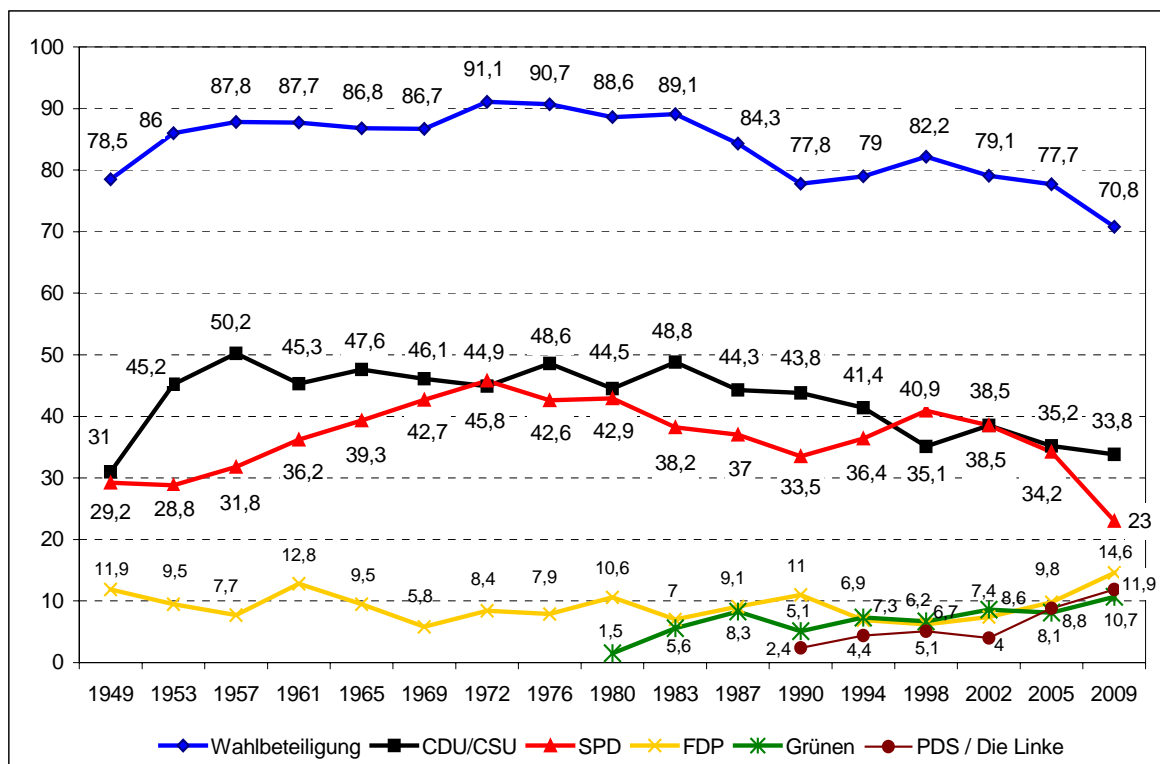
Personalrochaden in der SPD-Führung die eigenen Reihen hinter sich zu sammeln und das Vertrauen in seine Führungsqualitäten zu stärken, ging Angela Merkel unbestritten mit einem Amtsbonus in den Bundestagswahlkampf. Dennoch oder gerade deshalb beschwor die SPD während des gesamten Wahlkampfes die Erinnerung an den „Mythos 2005“. Seinerzeit hatte die Partei, obwohl gleichfalls scheinbar hoffnungsvoll unterlegen, noch einen fulminanten Wahlkampfschlusspurt hingelegt, aus dem Kanzler Gerhard Schröder beinahe als Sieger hervorgegangen wäre. Die Präsentation eines Schattenkabinetts – von der SPD „Kompetenzteam“ genannt - sowie des programmatischen „Deutschlandplans“ stellten nunmehr Versuche dar, Lösungskompetenz durch neue Gesichter und politische Konzepte zu vermitteln.

Die kleinen Parteien FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke konnten davon profitieren, dass die Volksparteien einen eher emotionslosen und zugleich themenarmen Wahlkampf führten. Als Oppositionsparteien setzten sie allesamt darauf, sich als echte Alternativen zur Union wie der SPD präsentieren. Dabei half ihnen auch, dass der oftmals als langweilig empfundene Wahlkampf der großen Parteien ihnen mehr mediale Aufmerksamkeit bescherte als in manch anderen Wahlkämpfen früherer Jahre.

# Das Wahlergebnis

Zwar gelang es der Union unter Führung von Kanzlerin Merkel, den angestrebten Regierungswechsel gemeinsam mit dem Wunschkoalitionspartner FDP herbeizuführen. Dennoch konnten sich CDU und CSU dem Abwärtstrend der Volksparteien nicht entziehen. Beide erzielten ihr schlechtestes Ergebnis nach 1949: Die CDU kam auf 27,3 Prozent, die Schwesterpartei CSU auf 6,5 Prozent. Vor allem letztere musste in ihrem Stammland Bayern deutliche Verluste (minus 6,7 Prozentpunkte) hinnehmen (vgl. Grafik).

**Graphik: Bundestagswahlergebnisse 1949-2009**



Quelle: Eigene Darstellung. Datenbasis : Bundeswahlleiter

Als weitaus dramatischer ist allerdings das Abschneiden der SPD zu bewerten, deren Status als Volkspartei tatsächlich gefährdet erscheint. Mit gerade einmal 23 Prozent der Stimmen erzielte sie ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik.

Niemals zuvor hatte eine Partei bei einer Bundestagswahl ähnlich starke Verluste (minus 11,2 Prozentpunkte) hinzunehmen.

Profitiert haben vom Niedergang der Volksparteien erwartungsgemäß die so genannten kleinen Parteien, allen voran die FDP. Die Liberalen setzten die Serie ihrer Wahlsiege in den Ländern auch auf der Bundesebene fort, erzielten mit 14,6 Prozent sogar ihr bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt. Als besondere Genugtuung durfte es die FDP empfinden, dass sie das prestigeträchtige Etikett der „drittstärksten Partei“ hatten deutlich behaupten konnte. Auch die Linke konnte mit 11,9 Prozent den bisher höchsten Zweitstimmenanteil auf Bundesebene für sich verbuchen. Perspektivisch noch bedeutsamer erscheint, dass sie in sämtlichen Bundesländern die Fünfprozenthürde überspringen konnte. Zwar ist die Linke nach wie vor im Osten deutlich stärker vertreten und beansprucht hier den Status einer Volkspartei (vgl. Neu 2007). Als ostdeutsche Regionalpartei lässt sie sich allerdings kaum mehr bezeichnen. Auch Bündnis 90/Die Grünen erzielten mit 10,7 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis, doch hat der Wahlerfolg den Schönheitsfehler, dass man im 17. Deutschen Bundestag wiederum die kleinste Fraktion stellt. Dennoch konnten sich alle drei kleinen Parteien gleichermaßen als Gewinner fühlen: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik überschritten sie alle die Zehn-Prozent-Marke.

Die Unionsparteien konnten ihr Bundestagswahlergebnis dadurch aufbessern, dass sie sämtliche der insgesamt 24 Überhangmandate errangen (drei davon entfielen auf die bayerische CSU). Sie konnten daher die Zahl ihrer Abgeordneten im neuen Bundestag trotz der Stimmenverluste annähernd halten (CSU: -1; 45 Mandate) oder sogar ausbauen (CDU: +14; 194 Mandate). Deutlich größer als bislang sind die Fraktionen von FDP (+31; 93 Mandate), der Linken (+22; 76 Mandate) und der Grünen (+17; 68 Mandate). Erheblich geschrumpft ist dagegen die SPD-Fraktion, die mehr als ein Drittel ihrer Sitze verlor. Im neuen Bundestag stellen die Sozialdemokraten nur noch 146 Abgeordnete (-76). Bei insgesamt 622 Sitzen im neuen Bundestag kann die Regierungskoalition aus Unionsparteien und FDP damit eine deutliche Mehrheit von 42 Mandaten (232:190) für sich beanspruchen.

In der Längsschnittbetrachtung setzten sich – soweit zu diesem Zeitpunkt bereits Analysen vorliegen – einige seit längerem zu beobachtende Trends des Wahlverhaltens in Deutschland fort:<sup>2</sup>

---

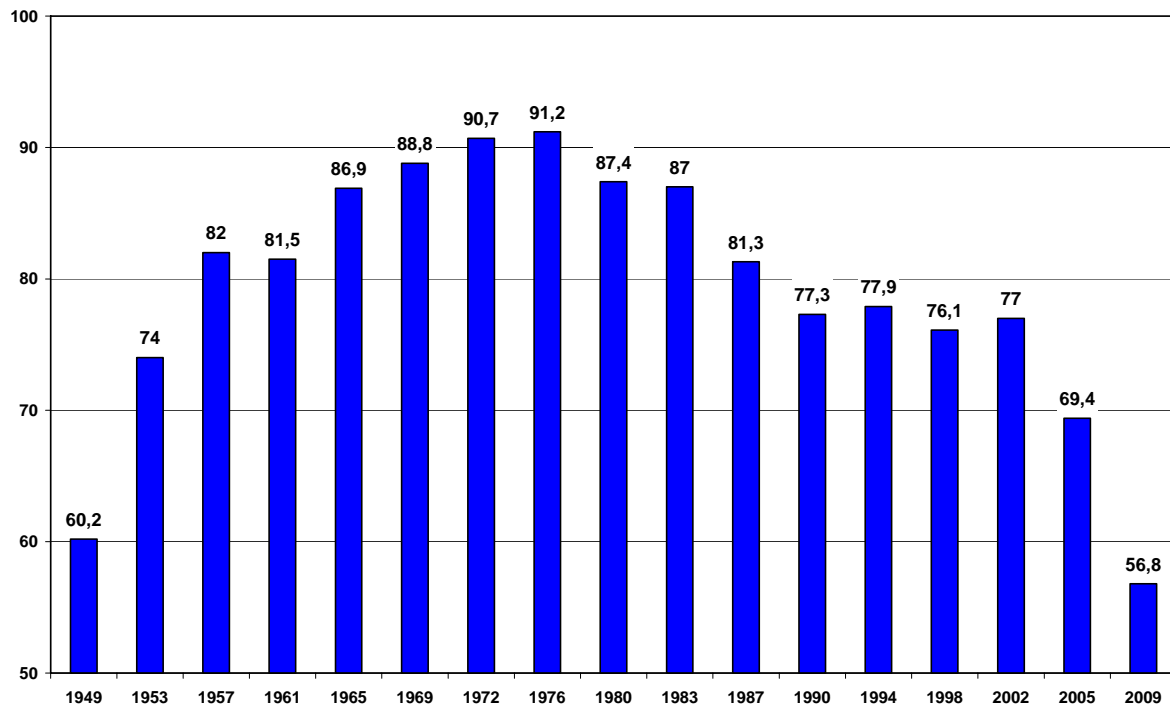
<sup>2</sup> Alle im Folgenden genannten Umfragedaten entstammen – soweit nicht anders vermerkt – infratest dimap: WahlREPORT Bundestagswahl 2009, Berlin 2009. Die repräsentative Wahlstatistik des Bundeswahlleiters wird erst etwa sechs Monate nach einer Wahl vorgelegt. Auch Ergebnisse der German Longitudinal Election Study

- Sinkende Wahlbeteiligung: Die Wahlbeteiligung erreichte mit 70,8 Prozent einen neuen Tiefpunkt in der Geschichte der Bundestagswahlen. Der seit Anfang der 1980er Jahren bei sämtlichen Urnengängen zu beobachtende Trend abnehmender Wahlbeteiligung – sei es bei Bundestagswahlen oder bei Kommunal-, Landtags-, oder Europawahlen – setzte sich damit fort.
- Späte Wahlentscheidung: Die Zahl derjenigen, die sich erst kurz vor dem Urnengang über ihre Wahlentscheidung im Klaren sind, nimmt seit Jahren zu. Umfragen zufolge legte sich 2009 nicht einmal jeder Zweite bereits frühzeitig fest. Über 30 Prozent der Wähler aber gaben an, dass sie sich erst in den letzten Tagen vor oder sogar erst am Wahltag entschieden hätten.
- Sinkende Bindungskraft der (Volks-) Parteien: Besonders deutlich zu spüren bekommen die nachlassenden Parteiidentifikationen die beiden Volksparteien. Konnten sie 1976 noch 91,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, waren es 2009 gerade noch 56,8 Prozent. Die Unionsparteien verloren Wähler vor allem an die FDP. Die SPD hatte dagegen einen Aderlass in alle Richtungen – sowohl zur Linken und den Grünen wie auch zur Union und der FDP – zu verkräften. Darüber hinaus entschlossen sich diesmal viele ehemalige Wähler von CDU, CSU und SPD zur Nichtwahl. Auch die Zahl der Wechselwähler – seit geraumer Zeit moderat im Anstieg begriffen – scheint 2009 abermals leicht auf etwa 30 Prozent angestiegen zu sein. Als Anzeichen nachlassender Bindungskraft der Volksparteien ist zudem deren geringe Attraktivität für Erstwähler zu werten. Die Unionsparteien wie auch die SPD erzielten in dieser Bevölkerungsgruppe weit unterdurchschnittliche Ergebnisse. Dagegen erfuhren neue Alternativen wie die vor allem im Internet agierende Piratenpartei, die auf Anhieb knapp 848.000 Zweitstimmen erhielt, besonderen Zuspruch in der jungen Generation. Umfragen zufolge erzielte die Piratenpartei unter männlichen Erstwählern 13 Prozent der Stimmen.

---

(GLES), die für die Bundestagswahlen 2009, 2013 und 2017 analysiert, wie sich die Wählerschaft wandelt, liegen bislang nicht vor. Vgl. <http://www.dgfw.info/gles.php>.

### Graphik: Stimmen der Volksparteien bei Bundestagswahlen 1949-2009 (in %)



Quelle: Eigene Darstellung. Datenbasis : Bundeswahlleiter

- Abschwächung traditioneller Cleavages: Wie für frühere Bundestagswahlen gilt auch für 2009, dass traditionelle Konfliktlinien weiterhin Bestand haben. Im Besonderen gilt dies für die konfessionelle Cleavage, wonach kirchengebundene Katholiken eher zur Wahl von CDU/CSU neigen. Gleichzeitig aber deuten erste Umfragen darauf hin, dass diese Konfliktlinien sich weiter abschwächen. So wählten beispielsweise Arbeiter gleichermaßen Die Linke, SPD und CDU/CSU. Obwohl die Finanz- und Wirtschaftskrise traditionellen sozialdemokratischen Kernforderungen nach einer gezügelten Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit scheinbar in die Hände spielte, konnte die SPD nicht von der Krise profitieren. Die große Mehrheit der SPD-Abwanderer nannte soziale Gerechtigkeit als das für sie wahlentscheidende Thema, fast ein Drittel führte dagegen die Wirtschaftspolitik als Grund für ihre Wahlentscheidung an.<sup>3</sup> Offenbar hatte die SPD bei Teilen der Wählerschaft, die soziale Gerechtigkeit als besonders wichtig erachten, ihre Glaubwürdigkeit verloren.

<sup>3</sup> Von den Wählern der FDP oder der Union gaben sogar über 50 Prozent an, dass das für sie wahlentscheidende Thema die Wirtschaftspolitik gewesen sei.

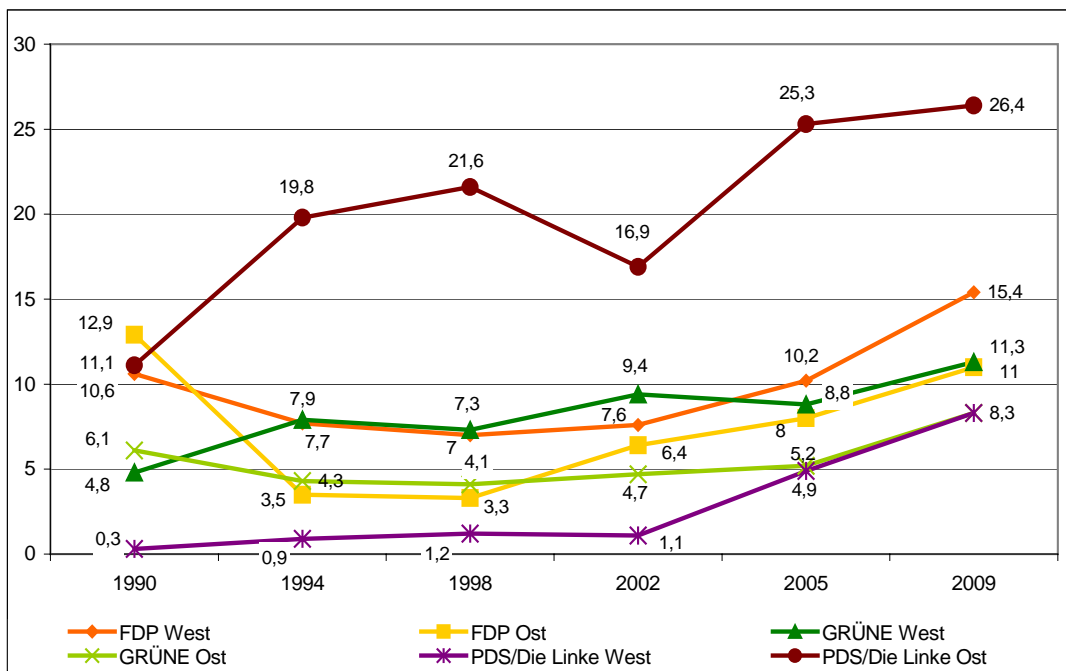
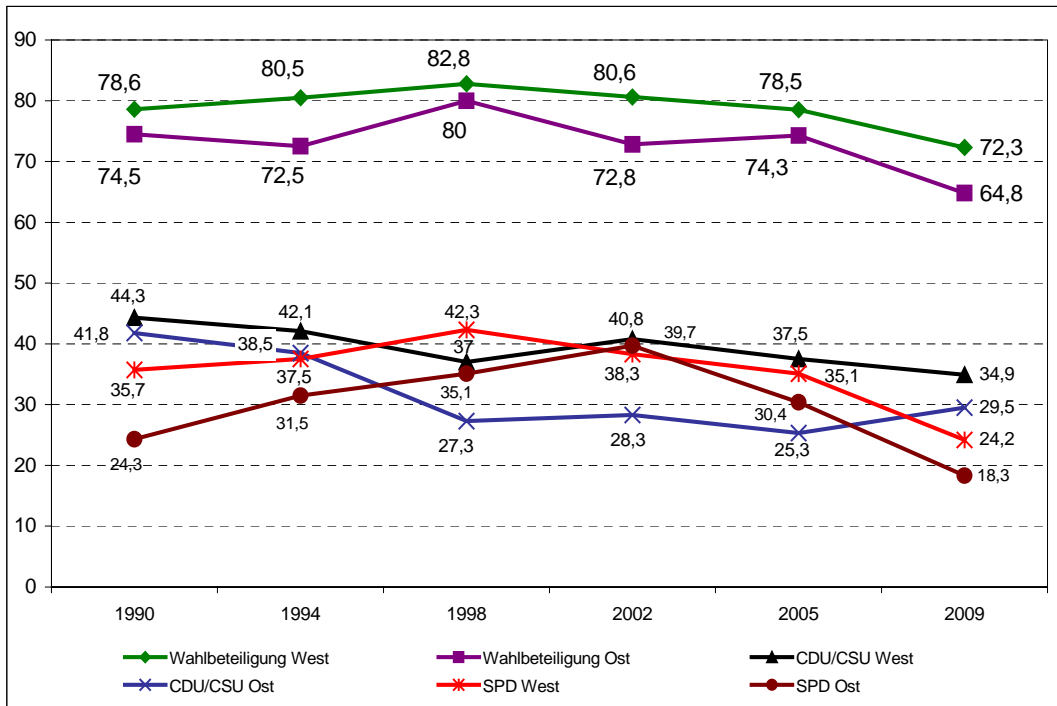
Bemerkenswert ist auch, dass praktisch alle Parteien die unterschiedlichsten Wählergruppen anzusprechen vermochten. So wählten z.B. jeweils mehr als zehn Prozent der Arbeiter und Arbeitslosen die FDP – beides keine klassischen Klientelgruppen der Liberalen. Am deutlichsten sind Unterschiede im Wählerzuspruch noch bei den Grünen festzustellen, die nach der vorläufigen Datenlage vor allem bei Arbeitern und Rentnern unterdurchschnittlich abschnitten.

Auffallend sind weiterhin die nachweisbaren, sich aber abschwächenden regionalen Unterschiede im Wahlverhalten:

- Nord-Süd-Diskrepanz: Bei vergangenen Bundestagswahlen war der Norden Deutschlands weitgehend von der SPD dominiert, während im Süden mehrheitlich die Unionsparteien stärkste Kraft waren. Dieser Befund ist für 2009 deutlich zu relativieren. Zwar ist im Süden Deutschlands noch immer eine klare Dominanz der Unionsparteien festzustellen. Der Norden jedoch ist keineswegs mehr die unantastbare Domäne der Sozialdemokratie. Führende Partei ist die SPD nur noch in wenigen Gebieten Niedersachsens oder im Ruhrgebiet. Ansonsten konnten die CDU und im Osten auch Die Linke massiv in einstige SPD-Hochburgen einbrechen.
- West-Ost-Diskrepanz: Die in früheren Bundestagswahlen zu beobachtende West-Ost-Diskrepanz im Wahlverhalten hat im Wesentlichen auch 2009 Bestand gehabt. Zum einen betrifft dies die Wahlbeteiligung, welche in Ostdeutschland beinahe acht Prozentpunkte unter der in Westdeutschland liegt. Zum anderen ist Die Linke auch bei Bundestagswahlen im Osten mit 26,4 Prozent der Stimmen deutlich stärker als im Westen, wo sie immerhin 8,3 Prozent erreichte. Ihre Erfolge erzielte Die Linke im Osten auf Kosten aller anderen Parteien, die auch 2009 in Ostdeutschland durchweg schwächer abschnitten als in Westdeutschland.



**Graphik: Ergebnisse Bundestagswahlen im West-Ost-Vergleich**



Quelle: Eigene Darstellung. Datenbasis: Deutscher Bundestag; amtliche Wahlstatistiken.

## Regierungsbildung und die Positionierung der bürgerlichen Parteien

---

Nach der Bundestagswahl bestand angesichts der Mehrheitsverhältnisse kein Zweifel daran, dass es zur Bildung einer schwarz-gelben Regierungskoalition kommen würde. Nur einen Tag nach der Wahl empfing Merkel FDP-Chef Westerwelle im Bundeskanzleramt zu ersten Beratungen. Zwar verliefen die Koalitionsverhandlungen vom 5. bis zum 24. Oktober nicht vollends harmonisch, doch konnten sie bereits nach 19 Tagen abgeschlossen werden.

Insgesamt ist der zwischen CDU, CSU und FDP geschlossene Koalitionsvertrag als handwerklich solide Erklärung zu bewerten, da es gelungen ist, solche Kompromissformeln zu formulieren, die es allen Beteiligten trotz weit reichender Wahlversprechen ermöglichte, das Gesicht zu wahren. Dieses Resultat konnte allerdings nur dadurch erzielt werden, dass der Vertrag gerade bei umstrittenen Fragen häufig unkonkret geblieben ist und Raum für Nachverhandlungen bietet. Dass unmittelbar nach Vereidigung der neuen Bundesregierung bereits heftige Diskussionen zwischen den Unionsparteien und der FDP über den künftigen Kurs der Regierungspolitik entbrannt sind, ist Zeichen dieser mangelnden Präzision des Koalitionsvertrages einerseits und großer programmatischer Unterschiede der Koalitionspartner in zentralen Fragen andererseits.

Zwar entspricht das Personaltableau der neuen Bundesregierung der Koalitionsarithmetik: Die CDU stellt die Kanzlerin und sieben Minister. Der FDP wurden fünf Ministerien zugesprochen, wohingegen die CSU immerhin drei Ministerien erhielt. Doch auch wenn die CDU deutlich stärkste Kraft in der neuen Regierungskoalition ist, deutet vieles darauf hin, dass sie es künftig schwieriger haben wird, ihre Führungsrolle zu behaupten, als in den vergangenen Jahren mit einer fast gleich starken, aber angeschlagenen SPD. Denn in der kommenden Legislaturperiode hat es die CDU mit zwei vergleichsweise schwierigen Koalitionspartnern zu tun: einer FDP, die selbstbewusst ihre Positionen verfechten wird, und einer CSU, die nach den Rückschlägen der letzten Zeit um ihr Profil ringt. Konflikte sind angesichts inhaltlicher Differenzen, die im

Koalitionsvertrag nicht gelöst, sondern vertagt wurden, vorprogrammiert.

## Die CDU

Merkels Führungsrolle in der CDU scheint nach dem Wahlsieg unangefochten. Die Kanzlerin und Parteivorsitzende kann auf ihre hohen Popularitätswerte verweisen, die nach Einschätzung vieler Beobachter maßgeblich zum Wahlerfolg beitrugen. Dass es dennoch eine latente Unzufriedenheit und Entfremdungstendenzen in Teilen der Union gibt, war schon in der vergangenen Legislaturperiode zu beobachten. Die Abkehr vom 2003 auf dem Leipziger Parteitag verkündeten Reformkurs und die – im Grundsatzprogramm vom Dezember 2007 festgeschriebene – Umorientierung der CDU zur politischen Mitte fanden keineswegs uneingeschränkte Unterstützung. Mit dem Erfolg der FDP und der jetzigen Schwarz-Gelben Koalition sehen sich all diese parteiinternen Kritiker Merkels im Aufwind, welche ihr eine „Sozialdemokratisierung“ der CDU vorwerfen. Dass Merkel schließlich neun Stimmen bei der Wahl zur Bundeskanzlerin am 28. Oktober 2009 fehlten, weist auf das latente Unzufriedenheitspotential in der eigenen Partei hin.

Merkels Trumpfkarte gegenüber Forderungen aus Reihen der eigenen Partei wie auch von der FDP ist der Verweis auf die nur knappe schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat. Mit Rücksicht auf die im kommenden Frühjahr anstehende Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, einem ehemaligen Stammland der SPD, gilt es aktuell einen zu wirtschaftsfreundlichen Kurs zu vermeiden und sozialpolitische Akzente zu setzen. Gleichzeitig aber zwingen die Konstellation im Bundesrat und die fünf 2011 anstehenden Landtagswahlen Merkel auch künftig, die Interessen der Ministerpräsidenten und hier vor allem der CDU-Landesfürsten in ihrer Regierungsarbeit zu berücksichtigen.

In der Besetzung der Ministerämter in der neuen Regierung setzte Merkel auf Kontinuität und Erfahrung. Alle CDU-Minister der Großen Koalition sind auch im neuen schwarz-gelben Kabinett vertreten. Eine Schlüsselrolle wird dabei aufgrund der Krisenzeiten Wolfgang Schäuble als Finanzminister einnehmen. Ihm wird – so offenbar das Kalkül der Kanzlerin – die Aufgabe zufallen, Sonderwünsche der Ministerien mit Hinweis auf die angespannte Haushaltsslage des Bundes und der Länder abzuschmettern. Merkel selbst blieben dann zwei Optionen: Sie könnte einerseits weiterhin das Amt der Bundeskanzlerin staatsmännisch ausfüllen und im Kabinett eine eher moderierende Rolle einnehmen. Es wäre dies der Versuch, ihrem in der Großen Koalition gepflegten präsidentialen Regierungsstil auch in der Schwarz-Gelben Koalition treu zu bleiben. Sie könnte jedoch andererseits ebenso versuchen, stärker als bisher

den Führungsanspruch der CDU in der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Die Voraussetzung hierfür hat sie selbst geschaffen: Mit ihr als Bundeskanzlerin und Schäuble als Finanzminister besetzt die CDU beide zentralen Ämter innerhalb des Kabinetts. Merkels erste Regierungserklärung der neuen Legislaturperiode deutet darauf hin, dass sie durchaus gewillt scheint, den Führungsanspruch der CDU deutlicher als bisher zu vertreten.

## Die CSU

CDU/CSU bilden auch im 17. Deutschen Bundestag wieder eine Fraktionsgemeinschaft, doch ist das Ergebnis der Bundestagswahl aus der Perspektive der beiden Schwesterparteien durchaus unterschiedlich zu bewerten. Nach dem Wahldebakel bei den bayerischen Landtagswahlen im September 2008, bei denen die CSU nach über vierzig Jahren ihre absolute Mehrheit verloren hatte und in eine Koalition mit der FDP gedrängt worden war, schienen sich die Christlichsozialen wieder zu konsolidieren. Unter dem neuen Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden Horst Seehofer gelang es immerhin, bei den Europawahlen im Mai 2009 ein respektables Ergebnis zu erzielen (48,1 Prozent). Das Bundestagswahlergebnis von bayernweit nur 42,5 Prozent (-6,7 Prozentpunkte) aber sorgte für Ernüchterung. Das für die CSU nicht unerfreuliche Ergebnis der Koalitionsverhandlungen dürfte Seehofer zumindest vorläufig etwas Luft verschaffen. Drei Ministerämter für die CSU hatte im Vorfeld kaum jemand erwartet. Auch inhaltlich konnte die CSU in den Koalitionsverhandlungen ihr Gesicht wahren. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt sprach sogar davon, dass es gelungen sei, „in dem Vertrag unseren CSU-Markenstempel fest zu verankern“<sup>4</sup>. Die entscheidende Frage aber ist, ob die CSU ihren Einfluss im Bund künftig ebenso geltend machen kann wie in früheren Jahrzehnten. Gegenwärtig erscheint dies mehr als fraglich, da zwei entscheidende Voraussetzungen hierfür fehlen (vgl. Kießling 2004): Zum einen stützte sich der bundespolitische Anspruch der CSU stets auf die Alleinregierung im (prosperierenden) Freistaat Bayern. Zum anderen verdankte die CSU ihre bundespolitische Stärke der Geschlossenheit der Partei, die sich hinter unangefochtenen Führungspersonlichkeiten wie Franz-Josef Strauß oder Edmund Stoiber scharte. Im Blick auf die künftige Regierungsführung ergibt sich so aus der Schwäche der CSU ein nicht unerhebliches Störpotenzial, da diese umso mehr um ihre Profilierung ringen wird (vgl. Deiß 2003).

---

<sup>4</sup> Dobrindt, Alexander: Koalitionsvertrag mit CSU-Markenstempel, in: Bayernkurier vom 31.10.2009.

## Die FDP

Die FDP hat sich vorerst in eine Erfolgsfalle manövriert. Ambitionierte Wahlversprechen (z.B. Steuerentlastung mit einem Gesamtvolumen von 35 Milliarden Euro) wie auch das herausragende Wahlergebnis haben hohe Erwartungen geweckt. Doch schon in den Koalitionsverhandlungen konnten sich die Liberalen mit ihren Positionen nur teilweise durchsetzen.

Zwar gelang es der FDP, sich in personeller Hinsicht stark zu positionieren. Dabei ist der Parteivorsitzende Guido Westerwelle auch der Star der fünfköpfigen FDP-Ministerriege. Als Außenminister und Vizekanzler ist er die uneingeschränkte Führungspersönlichkeit der Liberalen. Absehbar aber ist, dass es in der kommenden Legislaturperiode nur bedingt gelingen wird, liberale Inhalte in der Regierungskoalition durchzusetzen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise setzt dem Gestaltungsspielraum der Bundesregierung enge Grenzen. Politische Forderungen nach einem sich zurücknehmenden Staat, einem radikalen Umbau des Gesundheitssystems und massiven Entlastungen der Bürger und Unternehmen, wie sie die FDP im Wahlkampf erhob, scheinen vor diesem Hintergrund nur schwer realisierbar, erst recht mit einem Koalitionspartner, der die soziale Verantwortung von Politik und Staat wieder stärker betont. Jedoch hat die Partei elf Oppositionsjahre benötigt, um das ihr traditionell anheftende Image der „Umfallerpartei“ weitgehend abzustreifen. Auch haben sich die letzten Jahre ihrer Regierungsbeteiligung unter Bundeskanzler Kohl, in denen der FDP vorgeworfen wurde, profilloses Anhängsel der Union zu sein, tief in das Gedächtnis der Partei eingebrannt. Es ist daher abzusehen, dass sie nunmehr durch harte inhaltliche Positionierungen gegenüber den Koalitionspartnern versuchen wird, nicht abermals unglaubwürdig zu wirken.

## Die Formation der Opposition

---

In alten Lagerkategorien gedacht, stehen der „bürgerlichen“ Regierungskoalition die drei „linken“ Oppositionsparteien gegenüber. Entsprechend wurde unmittelbar nach der Bundestagswahl darüber spekuliert, inwieweit diese Konstellation das Lagerdenken in Deutschland neu beleben könnte. Eine linke Oppositionskoalition aller drei Parteien aber ist nicht in Sicht – schon deshalb, weil die Kategorien „bürgerlich“ und „links“ heute nur noch bedingt Erklärungskraft besitzen. Zudem wurde noch am Wahlabend betont, dass es eine „Koalition in der Opposition“ nicht geben könne. Gleichwohl steht außer Frage, dass sich die neue Bundesregierung mit einer zahlenmäßig gestärkten parlamentarischen Opposition konfrontiert sieht. Dabei stellt sich die Ausgangskonstellation der drei Oppositionsparteien durchaus unterschiedlich dar.

### Die SPD

Für die SPD geht es grundlegend um Fragen der personellen<sup>5</sup> und programmatischen Erneuerung, die als Voraussetzung für ein Wiedererstarken der Partei zu sehen sind. Nach der Wahl war die Parteiführung aber vor allem darauf bedacht, sich um Schadensbegrenzung zu bemühen und die Vorbereitungen für den bevorstehenden Bundesparteitag in geordnete Bahnen zu lenken. Personalentscheidungen wurden daher in bemerkenswerter Schnelligkeit getroffen: Nur vier Tage nach der Bundestagswahl übernahm Frank-Walter Steinmeier den Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion. Zum neuen Parteivorsitzenden wurde der ehemalige Bundesumweltminister, Sigmar Gabriel, bestimmt. Andrea Nahles, bislang stellvertretende Parteivorsitzende, löst Hubertus Heil als Generalsekretärin ab.

Der Unmut der Parteibasis über diese raschen personellen Weichenstellungen aber zeigte bereits an, dass es konsequenterer Klärungsprozesse bedarf. Vor allem muss die Richtungsfrage

---

<sup>5</sup> Die personelle Schwächung der SPD ist schon daran ablesbar, dass sie im 17. Deutschen Bundestag nur noch fünf Ausschussvorsitzende stellt.

entschieden werden, also die Frage, ob die SPD sich stärker nach links orientiert oder sich weiterhin in der Mitte des politischen Spektrums verortet. Programmatische Weichenstellungen sind mit der Aufstellung der neuen SPD-Führungsspitze nicht getroffen worden; keiner der Parteiflügel konnte sich entscheidend durchsetzen. Auch bleibt die Ankündigung, sich gegenüber der Linken öffnen zu wollen, eher vage. Zwar setzt sich immer mehr die Auffassung durch, dass eine Öffnung gegenüber der Linken unvermeidlich ist, um sich für die Zukunft auch im Bund wieder mehr Koalitionsoptionen zu erschließen. Was daraus aber programmatisch zu folgern ist, wurde bislang kaum konkretisiert. Diese programmatische Auseinandersetzung mit der Linken, welche das eigenständige sozialdemokratische Selbstverständnis im 21. Jahrhundert berührt, wird zum Prüfstein der Erneuerung der SPD werden. Dass man künftig auf den Oppositionsbänken im Bundestag unmittelbar mit der Linken konkurriert, könnte insofern auch eine Chance zur Selbsterneuerung bieten.

## **Die Linke**

Für Die Linke brachte die Bundestagswahl 2009 die endgültige Bestätigung, auch im Westen Deutschlands Fuß gefasst zu haben. Sie zieht gestärkt in den Bundestag – leichter wird ihre Oppositionsarbeit deshalb aber nicht. Nach dem schwachen Abschneiden der SPD sind nun zwei – nach eigenem Selbstverständnis – sozialdemokratische Parteien im Bundestag vertreten. Der Kampf um die Frage, welche von beiden das Original sei, eröffneten die Spitzenvertreter der Linken noch am Wahlabend. Die Aussage des Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine, die Schwächung der SPD könne „niemand so richtig freuen“<sup>6</sup>, gab Anlass zur Spekulation, ob er auf eine oppositionelle Allianz mit der SPD hinarbeite. Tatsächlich aber zielte seine Bemerkung darauf ab, den Führungsanspruch der Linken zu untermauern - in Fragen der sozialen Gerechtigkeit und als Speerspitze der Opposition.

Ob und inwieweit Die Linke auf die SPD zugehen sollte, bleibt in der Partei umstritten.<sup>7</sup> Auch ist offen, ob es künftig zu einem Überbietungswettbewerb beider Parteien in sozialen Fragen kommt. Nicht zuletzt hängt dies von der weiteren programmatischen Entwicklung der SPD ab. Klar aber ist, dass Die Linke einen oppositionellen Führungsanspruch in Fragen sozialer Gerechtigkeit beansprucht. Die Ankündigung der Linken, sich an Protesten gegen die neue schwarz-gelbe Bundesregierung auf Straßen und Plätzen zu

---

<sup>6</sup> Das große X, in: SZ vom 28.09.2009.

<sup>7</sup> Vgl. z.B. Brie, André: Der Lafontainismus, in: Der Spiegel vom 08.06.2009.

beteiligen und dazu künftig verstärkt Gespräche mit den Gewerkschaften, Kirchen und Sozialverbänden zu führen, ist nicht nur als Strategie der Bündelung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition zu verstehen. Ebenso handelt es sich hierbei um eine Intensivierung der Strategie, der SPD den sozialdemokratisch geprägten vopolitischen Raum – auch im Westen – streitig zu machen.

Trotz bestem Wahlergebnis in der Parteigeschichte nur die kleinste Fraktion im neuen Bundestag – ihren Frust überspielten die Grünen am Wahlabend mit demonstrativem Selbstbewusstsein. Explizit legten sie sich darauf fest, keine „Koalition der Opposition“ eingehen, sondern in jeder Hinsicht eigenständige Partei mit oppositionellem Führungsanspruch bleiben zu wollen.<sup>8</sup> Vieles jedoch spricht dafür, dass selbst die grüne Parteispitze Zweifel daran hegt, die Opposition der nächsten Jahre anführen zu können.

## Die Grünen

Zugute kommen wird den Grünen, dass auch in den kommenden Jahren klassische grüne Themen auf der politischen Agenda stehen. Umstrittene umweltpolitische Projekte der Schwarz-Gelben Regierung (v.a. die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken) besitzen das emotionale Potential zur Mobilisierung großer Bevölkerungsteile. Trotz umweltpolitischer Profilierungsversuche der anderen Parteien sieht die Bevölkerung noch immer mehrheitlich die Grünen als die glaubwürdigste Partei in Umweltfragen an.<sup>9</sup> Gleichzeitig aber bekommen die Grünen als kleinste Bundestagsfraktion den sukzessiven Bedeutungsverlust des Parlaments in politischen Entscheidungsprozessen und der medialen Öffentlichkeit (Schüttemeyer 2007) besonders deutlich zu spüren. Auch die Grünen wollen diesem Trend begegnen, indem sie – wie der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir es formuliert – vermehrt „Bündnisse außerhalb des Parlaments“ schließen.

Unterdessen wächst den Grünen im Fünfparteiensystem mehr und mehr eine Brückenfunktion zwischen den „bürgerlichen“ und den „linken“ Parteien zu: Einerseits wurzeln sie in den ehemaligen Protestmilieus der 1970er Jahre. Andererseits haben sie sich, wie ihre Wähler, zu einer „bürgerlichen“ Partei der Besserverdienenden und Gutgebildeten gewandelt (vgl. Probst 2007). So werden die Grünen in Zukunft verstärkt die Rolle der „Mehrheitsbeschafferin“ übernehmen, die einst traditionell die FDP bekleidete. Dazu müssten

---

<sup>8</sup> Vgl. Pur ohne Partner, in: Der Tagesspiegel vom 29.09.2009.

<sup>9</sup> Vgl. z.B. infratest dimap: WahlREPORT Bundestagswahl 2009, Berlin 2009.



sie für beide Seiten – bürgerliche wie linke – als Koalitionspartner bereit stehen. Mit diesem Wandel ihrer Rolle im Parteiensystem aber ist auch eine Unschärfe der grünen Programmatik verbunden. Zwar betont die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Renate Künast, dass ihre Partei längst wüsste, „dass wir uns mitte-links aufstellen müssen“<sup>10</sup>. Dieser Prozess ist aber noch keinesfalls abgeschlossen. Dynamik könnte er dadurch gewinnen, dass in der neuen Bundestagsfraktion der Grünen die Parteilinke an Stimmen gewonnen hat, auch wenn die Realos weiterhin die Mehrheit bilden.

---

<sup>10</sup> Die Grünen wollen die Opposition anführen, in: Bild-Zeitung vom 29.09.2009.

## Fazit

---

Vom „Zauber des Neuanfangs“ war beim Regierungswechsel des Jahres 2009 kaum die Rede. Häufiger wurde stattdessen konstatiert, die neue Bundesregierung habe mit einem Fehlstart begonnen. Erste Auseinandersetzungen zwischen CDU, CSU und FDP lassen schon erahnen, dass sich viele Wahlversprechen – wenn überhaupt – nur ansatzweise werden realisieren lassen. Auch die „Wunschkoalitionäre“ werden sich auf Kompromisse einlassen müssen. Gleichzeitig steht die Bundesregierung vor der Herausforderung, die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie zahlreiche Reformaufgaben zu bewältigen. An möglichen Angriffspunkten für die Opposition dürfte es daher nicht mangeln. Der Parlamentarismus in Deutschland – in Zeiten der Großen Koalition doch sichtlich erlahmt – kann hierdurch wieder belebt werden.

Der Parteienwettbewerb in Deutschland bleibt weiterhin bestimmt von wechselnden Koalitionen auf Bundes- wie auch Landesebene. Ein kurzer Blick auf die Landtagswahlergebnisse vom August und September 2009 macht erst vollends deutlich, wie fluide das Parteiensystem ist – und wie viel Flexibilität damit bei der Mehrheitsbildung erforderlich ist. Für Schwarz-Gelb reichte es nur in Sachsen und Schleswig-Holstein. Im Saarland wurde mit der ersten „Jamaika-Koalition“ eine lagerübergreifende Regierungsmehrheit gebildet. In Brandenburg wird die große Koalition durch ein rot-rotes Bündnis abgelöst, während in Thüringen nach schwierigen Koalitionsverhandlungen für eine große Koalition optiert wurde.

Für die Bundesregierung ergibt sich angesichts bevorstehender Landtagswahlen daraus die Notwendigkeit, auch in der kommenden Legislaturperiode mit labilen Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat zu kalkulieren. Sollte Schwarz-Gelb die Mehrheit in der Länderkammer verlieren, würde der Handlungsspielraum in der Bundesgesetzgebung deutlich eingeschränkt. Die Richtungsbestimmung in der Bundespolitik muss daher von Anfang an Länderinteressen mit berücksichtigen.

Aber auch die Parteistrategen stellt der fluide Parteienwettbewerb vor keine leichte Aufgabe. Keines der beiden „Lager“ darf sich auf sichere Mehrheiten verlassen. Dass Regierungsmehrheiten von nur zwei Parteien gebildet werden, kann auch im Bund nicht mehr als selbstverständlich gelten. Daher werden sich alle Parteien mit so genannten „Ampelkoalitionen“ bzw.

lagerübergreifenden Bündnissen auseinandersetzen müssen. Union und FDP werden dies, da sie gemeinsam in der Regierungsverantwortung stehen, jedoch kaum offensiv verfolgen. Hingegen können die Oppositionsparteien die kommende Legislaturperiode dazu nutzen, neue Koalitionsoptionen parteiintern wie auch gegenüber der Wählerschaft zu vermitteln.

## Literaturverzeichnis

---

- Deiß, Matthias: *Die Führungsfrage. CDU und CSU im zwischenparteilichen Machtkampf* (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Deutschland, Bd. 14), München 2003.
- Hacke, Christian: „Deutsche Außenpolitik unter Bundeskanzlerin Angela Merkel“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 43/2006, S. 30-37.
- Kießling, Andreas: *Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung*, Wiesbaden 2004.
- Neu, Viola: „Linkspartei.PDS (Die Linke)“, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden/Bonn 2007, S. 314-328.
- Probst, Lothar: „Bündnis 90/Die Grünen (Grüne)“, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden/Bonn 2007, S. 173-188.
- Schüttemeyer, Suzanne S.: „Modewort oder Alarmsignal? Befunde und Überlegungen zur Entparlamentarisierung“, in: Werner J. Patzelt/Martin Sebaldt/Uwe Kranenpohl (Hrsg.): *Res publica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls*, Wiesbaden 2007, S. 240-253.

## Das Cerfa

---

Das Comité d'études des relations franco-allemandes (Forschungskomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland dem DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch den Quai d'Orsay und das Auswärtigen Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmässige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Louis-Marie Clouet arbeitet dort als Forscher. Nele Wissmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt „Deutsch-französischer Zukunftsdialog“ zuständig.